



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Herbstsession:

Ein FDP Bundesrat mit Bodenhaftung

Thürnen, 30. September 2017

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Vorweg: Mit dem Ausgang der AHV Volksabstimmung bin ich sehr zufrieden. Das Volk will keine Experimente mit unserem wichtigsten Sozialwerk. Jetzt haben wir die Aufgabe, die AHV ausgewogen und langfristig auch für die jüngeren Generationen zu sichern. Ich denke, dass wir in zwei Jahren über eine ausgewogene Reform abstimmen und diese gut heissen werden. Unbestritten sind von Seiten FDP.Die Liberalen das Rentenalter 65 für Frauen sowie die moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,3 Prozentpunkte.

Ein Bundesrat für die Grenzregionen

Nun aber in die Herbstsession: Die Wahl von Ignazio Cassis stand im Zentrum. Mich freut die Wahl persönlich sehr, ich habe mit unserem ehemaligen Fraktionschef eine freundschaftliche Beziehung aufgebaut. Das Tessin und die Region Basel haben als Grenzregionen zudem einige Gemeinsamkeiten. Ignazio Cassis ist sich dieser Tatsache bewusst und bringt auch unseren Problemen gegenüber Verständnis auf. Ich hoffe nun, dass wir im Bundesrat eine vermehrt bürgerlich-liberale Haltung erleben werden, die wirtschaftsfreundlich ist und hilft unsere Prosperität zu sichern.

Bevölkerung ist verunsichert

Sorge bereitet mir nach wie vor die KESB: Trotz der grossen Sorgen der Bevölkerung handelt der Bundesrat nur zögerlich und verspielt weiter das Vertrauen der Menschen in die Organisation. Vorstoss um Vorstoss wird abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben. Theoretisch könnten natürlich auch die Kantone das Problem lösen und ihre Gesetze entsprechend anpassen, aber offensichtlich fehlt auch hier noch der Wille. Ich Sorge mich, dass die laufende Volksinitiative über das Ziel hinausschiesst. Unbestritten hat die KESB Reform ja auch Gutes gebracht. Dieses Dossier gilt es sachlich und vernünftig anzugehen. Ich bleibe hier am Ball.

No-Billag im Parlament ohne Chance

Da die Bevölkerung stetig wächst, wachsen auch die Ratio- und Fernsehgebühren bei der SRG. Sie verdient jedes Jahr mehr, ohne mehr zu leisten und ohne einen neuen Auftrag zu haben. Wenn man das einmal durchdenkt, dann wird einem bewusst, dass dies falsch läuft. Wir

bezahlen heute über 400 Franken pro Jahr, ob Privathaushalt oder KMU. Richtig wäre, dass mit wachsender Bevölkerung der pro Kopf Aufwand stetig sinkt.

Die sogenannte „No-Billag-Initiative“ verlangt die Abschaffung aller Gebühren. SRG und Privatsender sollen sich in Zukunft aus eigener Kraft finanzieren. Dies geht jedoch zu weit, denn ich schätze den Service Public als wichtigen Teil der Medienvielfalt.

Ich unterstützte deshalb den Gegenvorschlag, der eine Halbierung der Billag-Gebühren verlangte. Doch der Gegenvorschlag hatte im Parlament leider keine Chance. Nun wird das Volk an der Urne über die Initiative entscheiden.

Baselbieter Standesinitiative gescheitert

Ein Ärger in dieser Session war die Ablehnung der Standesinitiative «Vereinfachung des Steuersystems». Die Initiative des Kantons Baselland war gut gemeint und sachlich grundsätzlich richtig, aber es waren zu viele und zu weitgehende Forderungen eingebaut. Ich kann und konnte mich damit identifizieren, weil die Kernforderung der Vereinfachung des Steuersystems richtig ist. Aufgrund der zu weitgehenden Forderungen fand sie dann aber keine Mehrheit im Rat, die FDP Fraktion konnte ich einstimmig hinter mich bringen. Ich glaube, dass das Thema Vereinfachung der Steuer wichtig bleibt und richtig ist, aber man muss es anders angehen, damit eine Mehrheit in Bern gewonnen werden kann. Ich werde hier dran bleiben.

Im Oktober werden wir in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, kurz WAK, die Revision des öffentlichen Beschaffungsgesetzes beraten. Dabei werde ich mich für eine KMU-freundliche Lösung einsetzen und versuchen, das Gesetz so zu gestalten, dass Beschaffungen weniger bürokratisch werden. Ich störe mich auch schon lange daran, dass die Qualität eines Angebots zu einseitig nach dem tiefsten Preis ausgerichtet wird. Hier braucht es mehr Augenmass, auch mit Rücksicht auf inländische Anbieter – was nützt es uns, wenn ein billiges Angebot aus dem Ausland bei uns soziale Folgekosten und Steuerausfälle auslöst, weil Mitarbeiter entlassen werden müssen?

Und schon heute freue ich mich darauf, Ihnen im Dezember aus der Wintersession zu berichten.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen in meine Arbeit.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch